

## Einblick in den Beschaffungsskandal der NATO: Wie die Korruption bei der NSPA die Fäulnis im Herzen des Bündnisses offenbart

***Das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Verteidigungsausgaben – letztlich für den Stellvertreterkrieg gegen Russland in der Ukraine – droht weiter zu schwinden, da die Steuerzahler ein Bündnis sehen, das nicht in der Lage oder nicht willens ist, seine eigenen Beschaffungsprozesse zu kontrollieren.***

23. November 2025 | Erkin Oncan

Die zentrale Beschaffungsstelle der NATO, die in Luxemburg ansässige NSPA, ist in den Mittelpunkt eines sich ausweitenden Korruptionsskandals geraten, der weitaus tiefgreifendere Fragen aufwirft als die Verhaftung einiger weniger Beamter. Was sich hier abzeichnet, ist nicht nur eine Geschichte über Einzelpersonen, die Bestechungsgelder angenommen haben, sondern über ein Beschaffungssystem, das undurchsichtig, unkontrollierbar und zunehmend anfällig für private Interessen geworden ist, die von den wachsenden Militärbudgets der NATO profitieren.

Ermittlungen unter der Leitung belgischer Staatsanwälte, die über Eurojust koordiniert wurden und an denen Luxemburg, Spanien und die Niederlande beteiligt waren, haben Verdachtsmomente aufgedeckt, die von der Weitergabe vertraulicher Ausschreibungsinformationen bis zur Geldwäsche illegaler Zahlungen über Scheinberatungsfirmen reichen. Einige NSPA-Mitarbeiter sollen sensible Beschaffungsdaten an ausgewählte Rüstungsunternehmen weitergegeben haben, um dafür verdeckte Zuwendungen zu erhalten.

Dabei handelte es sich nicht um unbedeutende Verträge: Im Mittelpunkt der Ermittlungen stehen Drohnen, Munition und andere hochwertige militärische Systeme – Bereiche, die sich direkt auf die Einsatzfähigkeit der NATO auswirken. Die Führung der NATO beeilte sich, die Standardformulierung „Null Toleranz gegenüber Korruption“ zu veröffentlichen und betonte, dass die Behörde uneingeschränkt mit den nationalen Behörden zusammenarbeite. Aber solche Erklärungen klingen hohl, wenn es an Transparenz, Rechenschaftspflicht und der Bereitschaft mangelt, die strukturellen Schwächen anzugehen, die diese Praktiken überhaupt erst ermöglicht haben.

Die Bedeutung der NSPA kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Sie verwaltet gemeinsame Beschaffungen im Wert von mehreren Milliarden Euro für die NATO-Mitgliedstaaten und erweitert ihren Aufgabenbereich, da Europa seine Verteidigungsausgaben erhöht und seine Rüstungsprogramme beschleunigt. Wenn Beschaffungen dieser Größenordnung hinter verschlossenen Türen stattfinden, vervielfachen sich die Risiken: Öffentliche Gelder werden anfällig für Unterschlagungen, Ausschreibungsverfahren werden manipulierbar, und strategische Abhängigkeiten können nicht durch Sicherheitsbedürfnisse, sondern durch die Gewinninteressen einer Handvoll Unternehmen und Zwischenhändler geprägt werden.

Aus journalistischen Kooperationen und internen Dokumenten lassen sich Muster erkennen, die auf strukturelle und nicht auf zufällige Versäumnisse hindeuten: schwache Kontrollmechanismen, eine Kultur der Geheimhaltung und eine Beschaffungsarchitektur, die stark von externen Beratern abhängig ist. In einigen Fällen berichten Whistleblower, dass sie entmutigt oder ignoriert wurden, was die Möglichkeit nahelegt, dass interner Widerstand gegen Fehlverhalten aktiv unterdrückt wurde. Dies untergräbt die Vorstellung, dass der Skandal das Ergebnis isolierter Verfehlungen ist, und deutet stattdessen auf eine tiefere systemische Verrottung innerhalb des Beschaffungsrahmens der NATO hin.

Eine umfassendere Kritik ist unvermeidlich. Während die NATO unter dem Banner der „kollektiven Sicherheit“ ihren Appetit auf Verteidigungsbeschaffungen ausweitet, fließen enorme Summen öffentlicher Gelder in immer komplexere militärische Lieferketten, die nur minimaler demokratischer Kontrolle unterliegen. Das Ergebnis ist ein Beschaffungsökosystem, in dem die Militarisierung ungebremsst zunimmt, private Auftragnehmer an Einfluss gewinnen und die öffentliche Rechenschaftspflicht ausgehöhlt wird. Der NSPA-Skandal ist letztlich ein Symptom dieses Ungleichgewichts: Ein Verteidigungsbündnis, das demokratische Legitimität beansprucht, während es enorme Budgets über Strukturen verwaltet, die alles andere als transparent sind.

Die Folgen sind potenziell weitreichend. Das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Verteidigungsausgaben – letztlich für den Stellvertreterkrieg gegen Russland in der Ukraine – könnte weiter schwinden, wenn die Steuerzahler sehen, dass das Bündnis nicht in der Lage oder nicht willens ist, seine eigenen Beschaffungsprozesse zu kontrollieren. Sollten sensible Beschaffungsdaten tatsächlich missbraucht worden sein, könnte die Integrität der Rüstungspläne der NATO beeinträchtigt worden sein, sodass bestimmte Lieferanten den Wettbewerb verzerren oder die Preise in die Höhe treiben konnten. Im Laufe der Zeit würden solche Verzerrungen ein Beschaffungsumfeld festigen, das von einer begrenzten Anzahl von Rüstungsunternehmen dominiert wird, was den Wettbewerb verringern und die Kosten für jeden Mitgliedstaat erhöhen würde.

Um diese Krise zu bewältigen, bedarf es mehr als interner Überprüfungen und vager Reformversprechen. Whistleblower müssen geschützt und dürfen nicht ausgegrenzt werden, und Beschaffungsprozesse müssen einer zivilen Kontrolle unterliegen und dürfen nicht hinter übertriebenen Behauptungen der militärischen Geheimhaltung versteckt werden.